

Koalitionsvereinbarung
für die Amtszeit des Gemeinderats
2019 - 2024
zwischen den Gemeinderatsfraktionen

**Bündnis 90/Die Grünen,
CDU,
DIE LINKE,
FDP / FBL**

Präambel

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 sechs Parteien das Vertrauen ausgesprochen. Keine der Parteien hat aber eine ausreichende Mehrheit erhalten, so dass eine Zusammenarbeit verschiedener Parteien notwendig ist. Auf der Basis dieses Vertrages wollen wir, die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP / FBL im Gemeinderat die Probleme der Gegenwart gemeinsam lösen und die Herausforderungen für eine zukunftsfähige Gemeinde annehmen.

An der Konsolidierung unseres Haushalts führt kein Weg vorbei. Auf Grund der Schuldenbremse sind uns bei der Finanzierung in vielen Bereichen die Hände gebunden. Die Koalitionspartner setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine Reform der kommunalen Finanzausstattung ein. Sparanstrengungen sind notwendig aber kein Selbstzweck. Wir investieren in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, in Kultur, in soziale Gerechtigkeit, in Straßen und Spielplätze und in die ökologische Gemeindeentwicklung.

Wir verstehen unsere Vereinbarung als bindende Selbstverpflichtung zu verantwortlicher und verläSSLicher Politik. Wir werden unser Handeln dabei gleichermaßen an ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien ausrichten. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich im Interesse unseres Gemeinwesens einzubringen. Deshalb setzen wir konsequent auf Transparenz und werden auf dieser Basis neue Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg sollte auch im Gemeinderat guter kommunalpolitischer Brauch sein und gepflegt werden. Diese Vereinbarung ist zugleich eine Einladung an die SPD Fraktion, Verantwortung für unsere Gemeinde zu übernehmen. Eine offene, liberale und sozial gerechte Gesellschaft kann vom konstruktiven Dialog und einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit der politisch maßgebenden Kräfte nur profitieren.

Politische Handlungsprinzipien

Die Koalitionspartner legen ihrem gemeindepolitischen Handeln die Prinzipien der Bürgerbeteiligung, der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit, der Integration und der Barrierefreiheit zu Grunde.

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass für eine lebendige und weltoffene Gemeinde die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den wesentlichen Entscheidungen unabdingbar ist. Unsere Zusammenarbeit ist eine Einladung an die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, sich im Interesse eines wirtschaftlich, sozial und ökologisch verantwortlichen Gemeinwesens einzubringen. Wir werden die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung weiter verbessern.

Haushalt und Finanzen

Die Bindung an die Schuldenbremse schränkt entscheidend die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde-sowohl jetzt als auch für künftige Generationen- ein. Wir werden auf eine kontinuierliche Haushaltskonsolidierung hinarbeiten.

Ebenso wollen wir die bereits punktuell bestehende Zusammenarbeit mit anderen Kommunen ausbauen und sich daraus ergebende Synergieeffekte nutzen. Alle Angebote und Maßnahmen werden wir konsequent auf Notwendigkeit, Nutzen und Kosten überprüfen. Alle Entscheidungen und Initiativen der Koalition stehen unter dem Vorbehalt der finanziellen Umsetzbarkeit. Durch Sparen allein werden wir den Haushalt nicht sanieren können. Die Koalitionspartner werden daher weitere Einnahmeverbesserungen prüfen, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belasten.

Entscheidungen über die Zukunft unserer Gemeinde liegen in der Kompetenz des demokratisch gewählten Gemeinderats. Hier erfolgen Haushaltsentscheidungen transparent und bürgernah. Für die Handlungsfähigkeit des Gemeinderates ist es notwendig, genehmigungsfähige Haushalte zu beschließen. Dies setzt eine vorausschauende Haushaltsplanung sowie eine strategische Personalentwicklung voraus. In den jährlichen Haushaltsberatungen werden wir das Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ handhaben. Die Verabschiedung des Haushaltes durch den Gemeinderat soll frühestens 8 Wochen nach der Vorlage durch den Bürgermeister an die im Gemeinderat vertretenen Parteien erfolgen. Die Haushaltslage zwingt zur politischen Prioritätensetzung. Diese geht aus der vorliegenden Vereinbarung hervor. Die Koalitionspartner gehen davon aus, dass die Finanzierung der in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Aufgaben und Projekte auch angesichts der schwierigen finanziellen Situation möglich ist. Sollten bestimmte Vorhaben aufgrund verschlechterter finanzieller Rahmenbedingungen nicht umzusetzen sein, werden die Koalitionspartner eine einvernehmliche Lösung auf Grundlage der hier festgelegten Ziele suchen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Finanzen setzt immer eine Balance zwischen Konsolidieren und Investieren voraus. Wir wollen unsere Gemeinde nicht kaputt sparen und damit die Zukunftsfähigkeit riskieren. Deshalb werden wir auch weiterhin gezielt in die Zukunft unserer Gemeinde investieren.

Die Partner sind sich einig, dass eine Veräußerung von Anteilen an Betrieben und Beteiligungsgesellschaften kein geeignetes Instrument zur Haushaltssanierung darstellt.

Unser Ziel ist es, dort wo die Kofinanzierung sinnvoll darstellbar ist, möglichst viele Landes-, Bundes- und EU-Fördermittel nutzbar zu machen. Wir fordern den Bürgermeister auf, personelle Möglichkeiten zur Aufgabenerledigung zu prüfen.

Für das Jahr 2020 ist die Neufassung der Hundesteuersatzung vorgesehen. Wir werden eine Besteuerung von gefährlichen Hunden, die in der entsprechenden Verordnung aufgeführt sind einführen. Wir orientieren uns dabei an den Hebesätzen vergleichbarer Kommunen. Wir werden eine soziale Komponente für Sozialleistungsbezieher einführen. Wir prüfen die Möglichkeit einer Steuererleichterung für Hundebesitzer, die eine Begleithundeprüfung nachweisen. Personen, die einen Hund aus einer anerkannten Tierschutzeinrichtung aufnehmen, sollen für einen bestimmten Zeitraum steuerfrei gestellt werden.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Wir werden für unsere Gemeinde ein aktives Leerstandsmanagement entwickeln. Die im Gemeindeentwicklungskonzept aufgeführten Folgen des demographischen Wandels sollen nach Möglichkeit weitestgehend aufgefangen werden. Wir werden Anreize prüfen, um bestehende Leerstände wieder mit Leben zu füllen. Wir unterstützen Gewerbegebiete bei der Gründung von Gewerbevereinen. Wir prüfen die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Gewerbegebiete. Bei der Ausweisung dieser Gebiete sind ökologische Gesichtspunkte in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Der zunehmenden Flächenversiegelung ist beispielsweise durch die Schaffung geeigneter Ausgleichsflächen entgegen zu wirken.

Energie, Mobilität, Umwelt- und Naturschutz

In den vergangenen Jahren wurden Fortschritte auf dem Weg zur ökologischen Gemeinde erzielt. Der Ausbau von Photovoltaik vorangetrieben. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und setzen uns auch zukünftig für das Gelingen der Energiewende ein. Dazu soll das vorliegende Klimaschutzkonzept weiter ausgebaut werden. Den Bau auch gemeindeeigener Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden werden wir weiter forcieren; vorhandene Bestände müssen gepflegt werden.

Innerstädtische Wiesen und Grünflächen sind ein hohes Gut für den Lebensraum „Gemeinde“, das wir erhalten, naturnah bewirtschaften und ausbauen möchten. Wild- und Honigbienen sind schützenswerte Arten, die naturnahe Flächen auch im gemeindlichen Raum brauchen. Gemeindeeigene Flächen sollen soweit wie möglich naturbelassen bleiben. Bürgerschaftliches Engagement wie Patenschaften für Grünpflege werden wir unterstützen.

Zu einer fahrradfreundlichen Gemeinde gehört für uns auch die Schaffung von Fahrradabstellplätzen und -anlagen. Bestehende Fördermöglichkeiten sollen vollumfänglich ausgenutzt werden. Wir setzen uns für den Ausbau eines Radwegenetzes ein.

E-Mobilität ist ein wesentlicher Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Wir werden wo es möglich und sinnvoll ist, die erforderliche Ladeinfrastruktur sowohl für E-Bikes als auch für Kraftfahrzeuge schaffen. Ziel ist es 10 Ladestationen bis zum Ende der Legislaturperiode in Betrieb zu nehmen.

Rallyeveranstaltungen in den zur Erholung dienenden Gebieten sowie den Gebieten, die daran angrenzen, werden wir unsere Zustimmung verweigern.

Nachhaltige Gemeindeentwicklung

Wir wollen, dass sich noch mehr junge Familien in unserer Gemeinde ansiedeln. Mit attraktiven Neubaugebieten werden wir weitere Angebote für Menschen machen, die sich in Schiffweiler niederlassen möchten. Neue Wohnformen und -projekte, die den verschiedenen Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensalter und Lebensformen gerecht werden, werden wir unterstützen. Bei der Ausweisung von Neubaugebieten auf der "grünen Wiese" sind ökologische Gesichtspunkte in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Der zunehmenden Flächenversiegelung ist beispielsweise durch die Schaffung geeigneter Ausgleichsflächen, verstärkte Dachbegrünungen u.dgl. entgegen zu wirken. Die Weiterentwicklung der Wohnmöglichkeiten soll vorrangig durch Umbau und Modernisierung des Bestandes sowie durch die Schließung von Baulücken erfolgen. Ein sinnvolles Instrument ist ein offensives aktives Baulückenmanagement der Gemeinde. Ein Leerstandskataster für unsere Gemeinde wird erstellt.

Wir möchten, dass Schiffweiler eine Fairtrade-Gemeinde wird. Gemeinsame Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen sich für einen fairen Handel stark machen. Federführend sollte die Gemeindeverwaltung hier aktiv werden, um schrittweise die verschiedenen Kriterien zur Anerkennung einer Fairtrade-Gemeinde zu erfüllen.

Tourismus

Die Folgen des Strukturwandels sind in der Gemeinde Schiffweiler immer noch zu spüren. Im Bereich des Tourismus und Naturerlebnis liegt hier eine große Chance dem weiter zu entgegen. Wir wollen Schiffweiler zur Tourismus- und Erlebnismairie ausbauen. Es gilt vor allem die Potentiale der Standorte Reden und Itzenplitz zu nutzen. Wir streben eine Vernetzung der Standorte Reden und Itzenplitz an und wollen für die Schaffung weiterer Übernachtungsmöglichkeiten innerhalb unserer Gemeinde sorgen. Hierbei könnte auch ein Zelt- und Campingplatz am Standort Reden initiiert werden.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist ein hohes Gut für unsere Gesellschaft. Wir werden ehrenamtliches Engagement fördern und unterstützen. Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren verdienen unsere Wertschätzung.

Für die Sicherheit ist die Freiwillige Feuerwehr unverzichtbar. Wir sorgen für angemessene Ausstattung und fördern Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung. Die jetzige Struktur der Freiwilligen Feuerwehr wollen wir erhalten. Richtschnur ist das Brandschutzkonzept.

Im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Ehrenamt auf lokaler Ebene ist die Gründung eines "Repair-Cafe" (Reparaturcafe) sinnvoll. Wir fördern und unterstützen solche bürgerschaftlichen Initiativen. Durch die Reparatur/Instandsetzung (z.B. defekter Elektrogeräte) wird ein Zeichen gegen den zunehmenden Trend zur "Wegwerfgesellschaft" gesetzt.

Sport und Freizeit

Unsere Gemeinde bietet ein großes Angebot an Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Vereine ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige sportliche Aktivitäten.

Wir werden diese Vereine weiterhin unterstützen. Die Jugendarbeit der Sport treibenden Vereine werden wir auf hohem Niveau fördern. Das Sport- und Freizeitangebot soll durch den bestehenden Sportstättenentwicklungsplan optimiert werden.

Wir werden die „Initiative Vereinssport“ einführen. Dazu werden wir mit den Vereinen vorbereitende Gespräche führen, um eine größtmögliche Akzeptanz zu erzielen.

Unser Freibad ist ein wesentlicher Bestandteil unsere Sport- und Freizeitangebotes. Wir werden das Freibad erhalten und nach Möglichkeit entsprechend der vorliegenden Konzeption fortentwickeln. Die Fortentwicklung ist aber nur zu realisieren, wenn ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Kultur

Wir verstehen Kultur als Pflichtaufgabe und als öffentliches Gut, das allen zugänglich sein muss. Mit ihren Denkanstößen liefern Künstlerinnen und Künstler Impulse, die unsere Gesellschaft weiterentwickeln, Räume für fruchtbare Diskussionen schaffen und neue Wege aufzeigen. Kultur ist wichtige Voraussetzung für die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben. Wir werden Finanzmittel für ein breit gefächertes Kulturangebot zur Verfügung stellen.

Gute Kinderbetreuung

Gute Bildung und Betreuung für alle, das ist unser Ziel. Der Ausbau von Betreuungsplätzen in unserer Gemeinde wurde begonnen. Der Bedarf ist allerdings bei weitem noch nicht gedeckt. Wir wollen zusätzliche Betreuungsplätze schaffen.

Um dem Bedürfnis nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen und den Kindern optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen, werden wir das Angebot an flexiblen Öffnungs- und Nutzungszeiten der Kitas bedarfsgerecht erweitern. Dies gilt auch für Randzeiten und die Zeit der Schulferien.

Zu einer guten Betreuung gehört auch ausreichend gutes Personal. Daher werden wir eine angemessene Personalausstattung und Qualifizierung für die Beschäftigten in den Einrichtungen sicherstellen. Wir werden einen Kita-Planer einführen. Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung bietet Saarbrücken.

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gemeinde. Sie brauchen eigene Freiräume. Deshalb werden wir Treffpunkte Jugendlicher erhalten und unterstützen. Einen Schwerpunkt werden wir im Sinne einer kinder- und jugendgerechten Gemeinde auf die verstärkte Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Beteiligungsverfahren legen. Dazu werden direkte Beteiligungsformen für Jugendliche geprüft.

Wir führen ein Willkommenspaket für Neugeborene in Anlehnung an die Regelung der Stadt Friedrichsthal ein.

Verwaltung und Bürgerbeteiligung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung brauchen verlässliche und gute Arbeitsbedingungen. Dienstleistungen der Verwaltung sollen bürgernah und serviceorientiert erbracht werden. Die Aufgabenerfüllung soll grundsätzlich durch die jeweiligen Fachabteilungen erfolgen. Die ausreichende Personalisierung wird auf den Prüfstand gestellt. Verlagerungen der Aufgabenerfüllung durch Fremdvergaben sind auf das absolute Minimum zu reduzieren. Geplante Fremdvergaben sind durch den Bürgermeister detailliert zu begründen. Die Koalitionspartner verstehen Bürgerbeteiligung als wichtige Ressource für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich weiterzuentwickeln. Wir wollen einen Bürgerinnen/Bürgerhaushalt einführen. Regelmäßige jährliche Berichte des Bürgermeisters zum Stand „Bürgerbeteiligung“ bilden hierfür die Grundlage.

Geschäftsordnung

Zur Überarbeitung der Anlagen der Geschäftsordnung des Rates werden die Koalitionspartner Gespräche mit den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen aufnehmen. Ziel ist die Gewährleistung einer transparenten und effizienten Gemeinderatsarbeit. Erster Schritt ist eine Überprüfung des Aufgabenzuschnitts der Ausschüsse.

Wir ergänzen die Geschäftsordnung dahingehend, dass die Abstimmungsergebnisse zu den Tagesordnungspunkten in der Niederschrift detailliert aufgeführt werden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen soll transparent sein.

In der letzten Legislaturperiode hat sich nach Ansicht aller Gemeinderatsfraktionen das bisher praktizierte Auswahl- und Einstellungsverfahren nicht bewährt. Wir werden die zeitnahe Einführung eines neuen Einstellungsverfahrens bei Bewerbungen und Stellenbesetzungen forciert betreiben. Wir treffen die Regelung, dass die Verabschiedung des Haushalts (beginnend mit dem Haushalt 2020) frühestens 8 Wochen nach Vorlage des Haushaltsentwurfes erfolgt.

Prinzipien der Koalition

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP / FBL im Gemeinderat bilden eine feste Koalition zur Umsetzung der in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte, Positionen, Projekte, Aufgaben und Ziele. Sie streben darüber hinaus eine konstruktive Beteiligung aller im Gemeinderat Schiffweiler vertretenen Fraktionen an.

Die Partner verpflichten sich zur Umsetzung der in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte. Sie werden ihre Arbeit im Gemeinderat und seinen Ausschüssen laufend miteinander abstimmen mit dem Ziel, in Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herzustellen.

Zur Abstimmung zwischen den Partnern wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der sich in regelmäßigen Abständen trifft, insbesondere vor den Gemeinderatssitzungen sowie bei Bedarf. Ihm gehören die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und die von der Koalition getragenen Beigeordneten an. Weitere Personen können bei Bedarf im gegenseitigen Einvernehmen hinzugezogen werden.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP / FBL im Gemeinderat treffen alle Personalentscheidungen einvernehmlich. Ausschlaggebend sind dafür Eignung und fachliche Qualifikation. Für den Gemeinderat, dessen Ausschüsse sowie die Beteiligungen der Gemeinde verpflichten sich die Partner zu einem Abstimmungsverhalten im Konsens. Für Zweckverbände und sonstige Gremien wird ein gemeinsames Abstimmungsverhalten auf der Basis der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen angestrebt.

Die Aufgabenstellungen und Fragen, die in der kommenden Legislaturperiode vor uns liegen, lassen sich nicht sämtlich und im Einzelnen vorhersehen. Vereinbarte Positionen könnten einer Konkretisierung und näheren Ausgestaltung in der praktischen Alltagsarbeit bedürfen, bestimmte Aufgaben und Problemfelder könnten hinzutreten. In diesen Fällen werden die Koalitionspartner in gegenseitigem Vertrauen auf der Grundlage der hier festgeschriebenen Inhalte und Ziele ernsthaft und konstruktiv nach einer übereinstimmenden Position suchen. Vor einer öffentlichen Thematisierung solcher Probleme ist eine einvernehmliche Lösung zu suchen. Die Partner werden etwaige Unstimmigkeiten und interne Bedenken frühzeitig und vertrauensvoll kommunizieren und hierfür nach gemeinsamen Lösungen auf der Grundlage der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen suchen.

Wesentlicher Bestandteil einer vertrauensvollen Zusammenarbeit ist eine angemessene Vertretung der Partner in den Ausschüssen und sonstigen Gremien sowie bei der Besetzung der Beigeordneten.

Die Besetzung erfolgt einvernehmlich wie nachstehend aufgeführt:

Beigeordnete:

1. Beigeordneter	Mathias Jochum	CDU-Fraktion
2. Beigeordneter	Erwin Mohns	DIE LINKE Fraktion
3. Beigeordneter	Peter Holzer	FDP/FBL Fraktion

Ausschüsse:

Hauptausschuss, Bau- und Planungsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Werksausschuss für die Eigenbetriebs der Gemeinde Schiffweiler:

4 stimmberechtigte der Mitglieder der CDU Fraktion und jeweils 1 Mitglied mit beratender Funktion der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP/FBL

Ausschuss für Natur-, Umweltschutz und Gemeindeentwicklung:

3 stimmberechtigte der Mitglieder der CDU Fraktion und 1 stimmberechtigtes Mitglied der Fraktion B90/DieGrünen und jeweils 1 Mitglied mit beratender Funktion der Fraktionen von DIE LINKE und FDP/FBL

Sonstige Gremien:

Aufsichtsrat KEW	Mathias Jochum	CDU-Fraktion
Mitglieder Beirat KEN:	Peter Holzer	FDP/FBL

Verbandsversammlung „Naherholungsraum Itzenplitz“:

2 stimmberechtigte Mitglieder der CDU Fraktion und 1 stimmberechtigtes Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen (Vertreter aus den jeweiligen Fraktionen)

Verbandsversammlung „Landschaft der Industriekultur Nord (LIK NORD)“:

1 stimmberechtigtes der Mitglied der CDU Fraktion (Vertreter Fraktion DIE LINKE) und 1 stimmberechtigtes Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen (Vertreter FBL/FDP Fraktion)

Mitglieder der Elternausschüsse der gemeindeeigenen Einrichtungen Landsweiler-Reden und Stettweiler:

jeweils 1 Mitglied der CDU Fraktion (Vertreter CDU Fraktion)

Benennung von jeweils 1 Mitglied und Stellvertreter für die Mitunterzeichnung der Niederschriften über die Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse:

Gemeinderat	Vera Haböck
Hauptausschuss	Ute Beck
Bau- und Planungsausschuss	Stefan Rosar-Haben
Werksausschuss	Jutta Jochum
Ausschuss für Natur-, Umweltschutz und Gemeindeentwicklung	Thomas Riedschy
Rechnungsprüfungsausschuss	Susanne Tornes

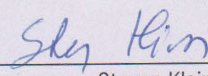
Diese Vereinbarung ist befristet bis zum Ende der laufenden Amtszeit des Gemeinderates Schiffweiler.

Evaluierung

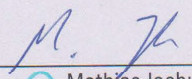
Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.

Schiffweiler, 07. August 2019

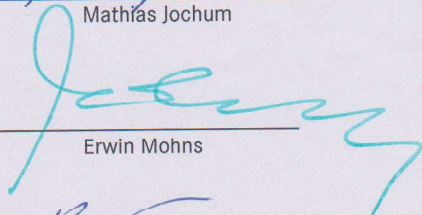
Bündnis 90/Die Grünen


Steven Klein

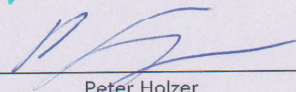
CDU


Mathias Jochum

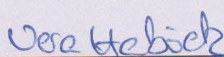
DIE LINKE


Erwin Mohns

FBL


Peter Holzer

FDP


Vera Haböck